

# Plochinger Nachrichten

AMTSBLATT STADT PLOCHINGEN

Onlineausgabe unter:  
www.lokalmatador.de



Nummer 5

Donnerstag, 3. Februar 2022

## Schlüsselübergabe für den Neubau der Außenstelle des Landratsamts

Arbeitsplatz mit Aussicht: 225 Beschäftigte ziehen demnächst auf den Stumpenhof an den Plochinger Behördenstandort

„Rechtzeitig und voraussichtlich im Kostenplan“, so Landrat Heinz Eininger, fanden vergangenen Freitag die Unterzeichnung des Übergabeprotokolls sowie die Schlüsselübergabe für das neue Verwaltungsgebäude der Außenstelle des Landratsamts auf dem Stumpenhof statt.

Versammelt waren alle, die im Vorfeld mitbeteiligt und das Gebäude „ausgetüftelt“ haben. Amtsleiter und Dezenten werden im März einziehen, so Eininger. Mit dem KfW40-Effizienzhaus erfülle der Landkreis höchste Anforderungen und habe „Vorbildfunktion“. Für die planerischen Arbeiten und die Umsetzung dankte der Landrat Sophie Röcker und Marc Oei vom Stuttgarter Architekturbüro Lederer, Ragnarsdóttir, Oei sowie dem Projektleiter Josef Kraus und dem Geschäftsführer Wolfgang Müller vom Saulgauer Bauunternehmen Georg Reisch.

Josef Kraus hat sich selbst gehörig unter Druck gesetzt mit seiner Zusage, dass am 28. Januar 2022, um 11.27 Uhr, die Schlüsselübergabe stattfinden kann. Im Nachhinein stellte sich dies aber für das Landratsamt sehr positiv heraus, meinte Eininger. Dass der Schlüssel pünktlich übergeben werden konnte, wurde erreicht.

Das neue Gebäude in Plochingen bilde die „Grundlage für die Rochade und den Neubau in Esslingen“. Im April finde dort die letzte Kreistagssitzung statt, dann werde das Gebäude abgerissen. Für kommendes Jahr ist der Spatenstich für den Neubau geplant.

### Gesamtkosten rund 40 Mio. Euro

Im November 2019 fasste der Kreistag den Baubeschluss. Nach dem Abriss des ehemaligen Personalwohnheims begann im Mai 2020 der Neubau mit



Blick vom Jubiläumsturm auf den Verwaltungsneubau. Nach dem Musikzentrum ist der Neubau das zweite Gebäude des renommierten Stuttgarter Architekturbüros LRO in Plochingen.

dem Erdaushub, im Juni starteten die Rohbauarbeiten und im Februar 2021 der Innenausbau. Im März dieses Jahres soll der Umzug stattfinden. „Wir ziehen um und sind am anderen Tag wieder arbeitsfähig“, betonte Eininger. Die offizielle Einweihung soll am 1. Juli stattfinden. Im September ist ein Tag der offenen Tür geplant.

Bei Gesamtkosten in Höhe von 40,1 Mio. Euro belaufen sich die Baukosten des Neubaus auf 33,4 Mio. Euro. Hinzu kommen der Grunderwerb mit 2,9 Mio. Euro, das Parkdeck mit 3,8 Mio. Euro sowie 1,4 Mio. Euro für die Ausstattung und Möblierung.

Im Gebäude mit insgesamt rund 7800 Quadratmetern Nutzfläche sind fünf Etagen untergebracht. Im Erdgeschoss befindet sich, neben einem Infopoint und der Zahlstelle, das Ausländeramt. Im ersten Obergeschoss sind das Kreismedienzentrum, die Führerscheinstelle sowie das Straßenverkehrsamt untergebracht. Das zweite Obergeschoss beherbergt das Rechts- und Ordnungsamt sowie die Waffenbehörde. Und im



Pünktlich übergeben Josef Kraus und Wolfgang Müller (r.) von der Firma Reisch den Schlüssel an Landrat Heinz Eininger (l.).

dritten Obergeschoss findet der Abfallwirtschaftsbetrieb sein neues Zuhause.

### 225 Arbeitsplätze, KfW40-Standard

Das Gebäude hat einen zentralen, begrünten Innenhof und ist vom Foyer aus mit einer begrünten Überdachung

Fortsetzung auf Seite 2



## Fortsetzung von Seite 1

mit dem Bestandsbau verbunden. Insgesamt 225 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden im KfW40-Effizienzhaus ihren Arbeitsplatz haben. Beheizt und gekühlt wird das Gebäude durch Betonkerntemperierung mittels zweier Luft-Wasser-Wärmepumpen. Die Spitzenlast wird über einen Gaskessel abgedeckt. Dezentrale Lüfter mit Wärmetauschern sorgen für die Belüftung. Auf dem begrünten Dach befindet sich eine Fotovoltaikanlage. Umlaufende Balkone sind mit Pflanztöpfen und Bewässerungssystemen, die Regenwasser nutzen, ausgestattet. Sie sorgen zusätzlich mit vorgelagerten Senkrechtmarkisen für die Beschattung. Sind die Außenanlagen fertiggestellt, werden insgesamt rund 300 Stellplätze zur Verfügung stehen, davon befinden sich 180 im neuen Parkhaus. Mit E-Ladestationen sind 14 Plätze ausgestattet, weitere 54 Ladepunkte können später ausgebaut werden. An drei Stellen des Geländes werden etwa 80 überdachte Fahrradstellplätze eingerichtet, davon 20 mit Ladestationen für E-Bikes.

### Modernste, gleichwertige Arbeitsplätze

„Hier verwirklichen wir ein Konzept, das den Bürgern und Kunden zugeneigt ist“, sagte der Landrat. Die Innengestaltung bildet eine Mischung aus Büros und offenen Mittelzonen mit Tee-/Kaffeepunkten, Aufenthalts- und Besprechungsmöglichkeiten. Für den Architekten Marc Oei ist das Besondere am „sehr prominent“ gelegenen Standort der Ausblick in alle vier Himmelsrichtungen. So entstand die Idee, beim Projekt mit der Aussicht zu spielen. Das Haus habe weder Vor-

der- noch Rückseite. Es gebe keine gute oder schlechte Seite, weshalb „alle Arbeitsplätze gleichwertig gut“ seien. Dies trage außerdem zum „Frieden im Haus“ bei. Es gebe auch keine langen, dunklen Ämterflure mehr. Vielmehr sei die Mittelzone ein „Zwischending“ von „Business-Lounge und Multispace-Office“.

Man sei hier nicht nur in der Mitte des Landkreises, sondern habe auch „fast den gesamten Landkreis mit seinen Naturräumen im Blick“, meinte Eininger bei der Besichtigung der Büroräume. Beim Rundgang fiel unter anderem auf, dass bei der Bürogestaltung auch an ein „Eltern-Kind-Büro“ gedacht wurde. Und während sich im zweiten Obergeschoss eine Mittelzone als Flur zwischen den Büros befindet, ist der Raum im ersten Obergeschoss völlig offen. In den „Multispace“ ließen sich aber ohne großen Aufwand Wände einziehen, erklärt Marc Oei das flexible Konzept. Nur im Ausländeramt befinden sich noch klassische Schalter. Die Konzeption habe die Mitarbeiterschaft mitentwickelt, betonte der Landrat.

### Plochingens Wünsche wurden am „erstklassigen Behördenstandort“ berücksichtigt

Zusammen mit dem umgebauten ehemaligen Krankenhaus sei auf dem Stumpenhof ein „erstklassiger Behördenstandort“ entstanden. Eininger habe sogar schon einen Meterstab mit der Aufschrift „Landratsamt Plochingen“ bekommen – es sei aber immer noch das Landratsamt Esslingen mit der Außenstelle Plochingen. Der Behördenstandort sei mit dem Plochinger Gemeinderat abgestimmt worden. Der Wunsch der Stadt Plochingen war, publikumsärmere Ämter in der



Landrat Eininger und Architekt Oei (r.) bei der Besichtigung der Büros mit Ausblick.

Außenstelle unterzubringen, um die Schorndorfer Straße möglichst mit wenig zusätzlichem Verkehr zu belasten. Im ehemaligen Krankenhaus hätte es ähnlich viele Beschäftigte gegeben, wie jetzt hier. Und Besucher gab es damals auch, sagte Eininger. Die Angestellten des Landratsamts hätten die Möglichkeit, sich ein Jobticket zu kaufen und die Fahrradkonzeption sehe die Möglichkeit eines „Job-Rads“ vor. In Bezug auf zusätzliche Busse oder eine Taktverdichtung für die Buslinie 141 meinte Eininger, dass die Linie Teil des Nahverkehrsplans sei und hierfür gebe es klare Finanzierungsrandbedingungen.

„Wir sind praktisch auf alles eingegangen, was aus Plochingen kam und sind in gutem Austausch mit der Stadtverwaltung“, so der Landrat. Und bei den Feierlichkeiten am 10. September, wenn der Stumpenhof 300 Jahre alt werde, „wollen wir uns daran beteiligen“, meinte er. Schließlich sei man auf gute Nachbarschaft angewiesen und habe den Nachbarn einiges an Lkw-Verkehr und Lärm zugemutet. Doch Baulärm sei „immer auch Zukunftsmusik“.

## Der Parkplatz am Bruckenbach wird ausgebaut

Insgesamt 28 Stellplätze, davon sieben für künftige Punkthausbewohner, sowie Müllsammelhäuschen sollen entstehen

**Im Rahmen des Vertrags mit der Errichtung des Punkthauses im Bruckenwasen sollen insgesamt sieben Parkplätze für dessen Bewohnerschaft auf dem Parkplatz am Bruckenbach ausgewiesen werden. Der ursprüngliche Bebauungsplan sah für den Schotterparkplatz 40 Stellplätze vor. Momentan gibt es dort etwa halb so viele. Nun haben sich die Mitglieder im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt für die Errichtung von 28 Stellplätzen geeinigt. Zudem sollen am Eingang zum Parkplatz Müllsammelhäuschen erbaut werden.**

Der Schotterparkplatz am Rand des

Wohnquartiers Bruckenwasen, zwischen den Reiheneinheiten und dem Fußweg entlang des Bruckenbachs parallel zur Kreisstraße, ist in den bestehenden Gehölzgürtel des Landschaftsparks integriert. Die Parkplätze dort sind begehrt und werden in erster Linie von der Anwohnerschaft rege genutzt. Die lediglich geschotterte Fläche ist weder befestigt, noch gibt es eine Entwässerung oder Parkmarkierungen. Missstände gibt es zudem mit den Müllbehältern, die zur Abholung im Zufahrtsbereich zur Kreisstraße dort aufgestellt werden und dadurch die Verkehrssicherheit sowie das Ortsbild beeinträchtigen.

### Wie viele Stellplätze sind angemessen?

Der Schotterparkplatz sei ein „Überbleibsel aus der Gartenschauzeit“, sagte der Leiter des Verbandsbauamts Wolfgang Kissling. Vorwiegend Anlieger des Bruckenwasens, die keinen Stellplatz in der Tiefgarage haben, parken auf den etwa 21 Plätzen. Im Zuge der Realisierung des Punkthauses wurde vereinbart, für die künftige Bewohnerschaft sechs Stellplätze und ein Car-Sharing-Platz auf dem bestehenden Parkplatz auszuweisen. Ebenso wurde die Anlage von überdachten Müll-

Fortsetzung auf Seite 3



## Fortsetzung von Seite 2

sammelhäuschen vereinbart. Der Bebauungsplan aus dem Jahr 1996 sieht für diesen Bereich noch 40 Stellplätze vor. Im Vollausbau würde die Anlage 1300 Quadratmeter beanspruchen und wäre damit etwa dreimal so groß dimensioniert wie der derzeitige Parkplatz.

Für das Bauamt stellte sich nun die Frage, wie viele Stellplätze dort eingerichtet werden sollen. Die Fertigstellung des Punkthauses wird zum Juli erwartet. Bis dahin sind die vereinbarten Parkplätze und Müllhäuschen bereitzustellen. Und die dafür zu rodenden Bäume und Gehölze müssen noch außerhalb der Vegetationsperiode, also bis Ende Februar, gefällt werden.

Bereits Anfang November stand das Thema auf der Tagesordnung im Bauausschuss. Schon damals schlug die Stadtverwaltung eine Kompromisslösung mit 28 Stellplätzen vor, da sie einen Vollausbau mit 40 Plätzen für einen zu großen Eingriff hält. Bei einer Maximalanzahl an Stellplätzen „müsste man massiv in den Grünbereich eingreifen“, sagte Bürgermeister Frank Buß, weshalb die Verwaltung abgestufte Vorschläge ausarbeitete und eine Ortsbegehung vorschlug. Schließlich wäre bei einem Vollausbau eine Gehölzfläche von circa 900 Quadratmetern zu roden, auf der etliche über 30 Jahre alte, teils stattliche Bäume stehen. Zudem bietet die Gehölzreihe einen Sichtschutz zum Fußweg, zur Kreisstraße und den Brückenbauten.

### Kompromisslösung mit 28 Stellplätzen

Die Stadtverwaltung ließ die Flächen nun abstecken und markieren. Als „Quintessenz“ des Ortstermins nahm Kissling mit, dass nur so viele Parkplätze wie bereits bestehen entstehen sollen plus die zusätzlichen sieben, die im Rahmen des Vertrags mit dem Punkthaus vereinbart wurden. Der Baumbestand soll möglichst geschont werden und im Umfeld der Alten Spinnerei soll geschaut werden, ob noch weitere Parkplätze angeboten werden könnten. Was den Eingriff in den Grünbereich anbetrifft, solle „von außen keine Veränderung des Eindrucks gegenüber dem Status Quo“ entstehen.

Bis im Sommer das Punkthaus bezugsfertig ist, soll auch der Parkplatz mit einer mittig angelegten asphaltierten Fahrgasse und einem wasserdurchlässigen Belag der Parkstände befestigt werden.

Im Bereich der Parkplatzeinfahrt sollen die Müllsammelstellen platziert wer-



*Noch in diesem Monat werden die Rodungsarbeiten für den Ausbau des Schotterparkplatzes am Bruckenbach beginnen. Auch das Problem mit den Müllbehältern wird gelöst.*

den. Um die Müllbehälter abzuholen, soll das Müllfahrzeug künftig in den Parkplatzbereich einfahren und auch wenden können.

Ein Vollausbau hätte mit rund 500 000 Euro zu Buche geschlagen, für eine Lösung mit 28 Stellplätzen errechnete die Verwaltung Kosten in Höhe von etwa 380 000 Euro. Die dann dort entstehenden Parkplätze sollen nach Kissling ins Anwohnerparken mitaufgenommen werden.

### Gemeinderatsmehrheit befürwortet Vorschlag der Verwaltung

„Wir beseitigen dort eine Altlast beim Parken“, meinte Reiner Nußbaum (CDU). Eine Reduzierung gegenüber dem ursprünglichen Plan hält er für nötig, sonst wäre der Eingriff in den Baumbestand zu groß. Die „Philosophie des Landschaftsparks“ werde „nicht tangiert“. Ob die Einfahrt wirklich sechs Meter breit sein müsse, interessierte ihn. Zudem müsse ein dort vorgesehenes Parkraumkonzept in einen Gesamtzusammenhang passen.

Dr. Dagmar Bluthardt (SPD) zeigte sich nach dem Ortstermin zufrieden. Sie hatte das Gefühl, dass in den Plan das Vorgebrachte aufgenommen wurde. Die Parkplatzsituation um die Alte Spinnerei hält sie allerdings für „nicht so glücklich“. Auch für diesen Bereich schlug sie einen Vor-Ort-Termin vor.

Endlich das „Müllproblem“ dort zu lösen und eine gute Zufahrt für Müllfahrzeuge zu schaffen, war Dr. Constanze Hapke-Amann (OGL) ein großes Anliegen. Dass die vorhandenen Parkplätze stets belegt seien, zeige, dass sie benötigt werden. Um Kosten zu senken, wäre für die OGL auch denkbar, den

hinteren Teil als Schotterparkplatz zu belassen.

Dr. Klaus Hink (fraktionslos) fragte, ob für die Bäume, die gefällt werden, nicht eine Ersatzpflanzung vorgenommen werden müsste. Er bemerkte, dass ursprünglich dort (Gartenschau) Besucher- und keine Bewohnerparkplätze geplant worden seien. Ferner monierte er, dass die Grundstückserlöse durch das Punkthaus mit der Errichtung des Parkplatzes bereits wieder „vervespert“ wären. Hinks Antrag, nur die sieben vertraglich vereinbarten Stellplätze zu errichten, fand jedoch keine Mehrheit.

### Grünes Licht für die weitere Planung

In Hinblick auf mögliche künftige Einnahmen gehe Hinks Rechnung nicht auf, meinte Kissling. Dann sei auch ein Rücklauf der Investitionen zu erwarten. Damit klar sei, wo sich Stellplätze und die Zufahrt befinde, soll dies mit Pflasterstreifen voneinander abgetrennt werden. Die Zufahrtsbreite sei von der Garagenordnung abgeleitet und müsse wegen des Wendekreises eingehalten werden. Ersatzpflanzungen seien laut dem Bebauungsplan nicht erforderlich. Zudem war ursprünglich vorgesehen, das Erdgeschoss der Spinnerei, welches heute gewerblich und durch den Kindergarten genutzt wird, als Parkebene zu nutzen. Dann wurden später aber an anderer Stelle Stellplätze geschaffen.

Mit einer Gegenstimme von Hink sowie zwei Enthaltungen seitens der OGL stimmte eine Mehrheit im Bauausschuss der Vorplanung zu und beauftragte die Stadtverwaltung mit der Entwurfs- und Ausführungsplanung.



## Hochmut kommt vor dem Fall

In „Mr. President first“ kommt die Einsicht des Präsidentschaftskandidaten spät – Aber sie kommt

Das Münchner „a.gon“-Ensemble war vergangene Woche mit dem Stück des Autors und Regisseurs Stefan Zimmermann „Mr. President first“ in der Plochinger Stadthalle zu Gast. Corona-bedingt in zwei zeitversetzten 2G-Vorstellungen. Der Regisseur nimmt den aberwitzigen Wahnsinn der rechtspopulistischen Politzszenen und die Inszenierung bei der amerikanischen Präsidentschaftskandidatur aufs Korn. Das Stück handelt vom schnellen Aufstieg eines Kandidaten und dessen Hochmut, der bekanntlich vor dem Fall kommt. Es thematisiert aktuelle, ernsthafte und nicht aus der Luft gegriffene Hintergründe – auch wenn das Ergebnis der letzten Präsidentschaftswahlen in den USA zumindest in dieser Hinsicht etwas korrigiert wurde. Und auch das Theaterstück endet mit einer überraschenden Wendung.

Der einflussreiche Milliardär Norman Craig (Lutz Bembeneck), der sein Geld mit Hedgefonds verdient, braucht den Erfolg und für seine konservative Partei „Für Amerika“ unbedingt einen neuen Präsidentschaftskandidaten. Er sucht sich dabei den für seine populistischen Sprüche bekannten Fernsehstar Edward Tishler (Max Volkert Martens) aus. Dieser hetzt gegen offene Grenzen, befürwortet den Mauerbau an Mexikos Grenze, spottet über Flüchtlinge, Einwanderer, Obdachlose und den Klimawandel. Er sieht sich als die Stimme der Steuerzahler und damit als die „Stimme des Volkes“. Tishler bemerkt aber nicht, wie er zur Marionette wird, bei welcher der machtgierige Waffenlobbyist Craig und seine Partei die Fäden ziehen. Craig: „Wir brauchen Ihr Gesicht, den Rest erledigen wir.“

### Wenn „Fake News“ zu Tatsachen werden

Tishlers politische Ansichten und die seiner Partnerin Emely Harper (Katharina Pütter), eine Frau mit Moral und Anstand, politischer Weitsicht und Verantwortung, driften immer mehr auseinander. „Du nutzt deine Popularität für rechte Wahlpropaganda aus“, wirft sie ihm vor. „Was ich sage, ist die Wahrheit“, behauptet Ed – während Emely kontert: „Hältst du dich für unfehlbar, solltest du dich für das Amt des Papstes bewerben.“ Als er die Kandidatur annimmt, verlässt sie ihn.

Craigs Referentin und Wahlkampfmanagerin Olivia Sailer (Judith Riehl) lernt Tisher schnell in das Geschäft der



Showdown in der TV-Reality-Show mit Moderatorin Rose (l., Lesley Jennifer Higl): Der Präsidentschaftskandidat Edward Tishler (Max Volkert Martens) applaudiert seiner Gegenkandidatin Emely Harper (Katharina Pütter) und hält ein beeindruckendes Plädoyer.

„Wahlkampf-Logik“ ein: Politische Gegner werden diskreditiert, Umfragen manipuliert, Biografien frisiert und Gegenkandidaten überwacht. Geschickt werden moderne Medienkanäle genutzt, Tishlers Umfragewerte schnellen in die Höhe und die Partei feiert ihn. In Zeiten von Social Media geht es um „Meinungshoheit“, nicht um Wahrheit. „Fake News“ und „Alternative Fakten“ stechen objektive Tatsachen aus. Der Gegenkandidat wird diffamiert und ausgeschaltet. Schließlich entscheiden Stimmungen und Trends in einer Mediengesellschaft über Wahlen.

### Politsatire endet mit TV-Reality-Show – Kandidat steigt aus

Emely wendet sich der liberaldemokratischen Partei zu und als sie den Kontakt zum Journalisten Peter Westham (Dirk Hermann) sucht, wird sie Opfer einer Intrige. Als Kandidatin der Gegenpartei, dem „Liberaldemokratisches Bündnis“, steigt Emely mithilfe der Presse in der Wählergunst, während Tishlers Lage immer prekärer wird. Er beginnt, an den Werten und Zielen seiner Partei zu zweifeln. Vor der Teilnahme an einer TV-Reality-Show mit Moderatorin Rose (Lesley Jennifer Higl) entkommt er nur knapp einem Anschlag.

Während der Sendung kommt es zum Showdown und zur überraschenden Wendung. Edward Tishler hält ein beeindruckendes Plädoyer gegen Hochmut und Nationalismus, Ausgrenzung und Rassismus sowie für Offenheit, Toleranz, Mut und Respekt. „Wir müssen uns vor Fremdenhass, Menschenverachtung und Rassismus hüten, wenn

wir die Menschheit bewahren wollen.“ Dem Fernsehpublikum verkündet er, dass er durch verschiedene Erlebnisse zu sich selbst gefunden und seine Meinung geändert habe. Deshalb ziehe er seine Kandidatur zurück. „Alles Vorgegangene war eine Rolle, die ich glaubte, spielen zu müssen“, bekennt er. Die Ärmsten und Schwächsten auszugrenzen und sie zu Sündenböcken zu machen „haben wir nicht nötig. Eine Gesellschaft darf sich nicht abschotten, denn die Geschicke unserer Erde können wir nur gemeinsam bestimmen“, so sein Apell. Damit gewinnt er schließlich auch Emelys Anerkennung zurück. Das Stück endet mit einem Happy End. Die Protagonisten Emely und Ed reichen sich die Hand und verlassen gemeinsam die Sendung und Bühne, bevor das Plochinger Publikum ihnen reichlich applaudierte.

### Schwere Zeiten fürs Schauspiel

Das Stück dokumentiert nicht Donald Trumps Amtszeit, obwohl die Handlung vom Zeitgeschehen inspiriert ist. Fragen, wie sich Spielregeln politischer Willensbildung ändern, drängen sich auf. Bemerkenswert, dass der Schauspieler Lutz Bembeneck selbst mit gebrochenem Arm auf der Bühne stand und Judith Riehl über Nacht die Rolle der einen Tag zuvor erkrankten Angelika Auer übernahm. „Großartig, dass Sie in diesen schwierigen Zeiten den Weg ins Theater gefunden haben“, bedankte sich der Regisseur Stefan Zimmermann beim Publikum. „Wir wertschätzen jeden einzelnen Zuschauer“, meinten die Schauspielenden.



## Gemeinderat verabschiedet den Doppelhaushalt 2022/23

Mehrheit stimmt der Satzung und den Plänen zu – Hink reicht Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Landrat ein

**Die Verabschiedung des Doppelhaushalts der Stadt Plochingen für die Jahre 2022 und 2023 stand vergangene Woche auf dem Programm des Gemeinderats. Die Gemeinderatsmehrheit aus CDU und SPD stimmte der Haushaltssatzung und den Haushaltsplänen der Stadtverwaltung zu – bei zwei Gegenstimmen seitens des fraktionslosen Dr. Klaus-Hink und der ULP, die OGL enthielt sich.**

**Hink reichte beim Regierungspräsidium (RP) eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Landrat Heinz Eininger ein, da er der Meinung ist, dass die eingeplanten Finanzierungsbeiträge der Nachbargemeinden für den Neubau und die Sanierung des Gymnasiums genehmigungspflichtig wären. Würden die Beiträge nicht eingehen, läge die Liquidität der Stadt unter der von ihm berechneten gesetzlich festgeschriebenen Mindestliquidität.**

Für Bürgermeister Frank Buß ist der Haushalt eine „sehr gute Grundlage, um die Herausforderungen der nächsten Jahre zu meistern“. Auf allen Feldern würden Impulse gesetzt. Er dankte den Beteiligten für die konstruktiven Haushaltsberatungen.

### **Feste, Veranstaltungen und Kinderbetreuung**

Wesentliche Ziele habe er bereits bei der Einbringung des Haushalts erläutert, auf zwei Themen wollte der Bürgermeister noch eingehen.

Frank Buß hofft, dass in diesem Jahr die Corona-Pandemie überwunden werden kann, und ist zuversichtlich, „dass wir bald Schritt für Schritt zum normalen Leben zurückkehren können“. Es werde in den kommenden Monaten wieder einige Aktivitäten geben. Um dafür Schwung aufzunehmen, werde auch die Stadtverwaltung wieder Feste und Veranstaltungen machen.

Und was die Prognose bei der Kinderbetreuung anbelangt, so läge diese über der letzten Bedarfsberechnung. Zeitnah werde die Verwaltung ein Konzept für zwei bis drei zusätzliche Ü3-Gruppen im Kindergarten Beethovenstraße vorstellen. Durch „konsequente Schwerpunktsetzung und mutige Entscheidungen“ habe man viel erreicht. Es gelte jedoch, den Haushalt weiter auf Sicht zu fahren.

### **Bessere Prognosen für 2022, schlechtere für 2023**

Nach der stellvertretenden Kämmerin

Diana Gaus wurde nach der Haushaltsberatung eine weitere Fortschreibung des knapp 43 Mio. Euro umfassenden Haushalts nötig. Die Schlüsselzuweisungen seien gestiegen, aber auf der Aufwandsseite stiegen ebenso die Personalkosten und Ausgaben vor allem für Aufwendungen wegen Corona.

Demnach verbesserte sich der Gesamtergebnis- sowie Gesamtfinanzhaushalt im Kernhaushalt für 2022; für 2023 hingegen ist von einer Verschlechterung zwischen Entwurf und Verabschiedung auszugehen.

### **Zustimmung**

Nach Ralf Krasselt (CDU) verstetige sich der Trend, dass das Jahr 2023 schlechter werde. In den Folgejahren würden die Herausforderungen kommen. „Die wirkliche Bewährungsprobe“ für den städtischen Haushalt komme erst, wenn für die Gymnasiumsanie rung größere Beträge fällig werden, deren Deckung unsicher sei. Beim MOVE, Bahnhofsvorplatz, Unteren Schulzentrum und der Parkraumbewirtschaftung gelte es, „Nägel mit Köpfen“ zu machen. Ebenso beim Bahnhofsmo dernisierungsprogramm II, um den Bahnhof barrierefrei zu gestalten. Wegen seiner überörtlichen Funktion, müsse hier allerdings „ein deutlicher Beitrag vom Landkreis kommen“. Auch beim Radschnellweg müsse man aktiv werden und dürfe nicht darauf zählen, dass es für Plochingen eine gute Lösung geben werde. Ansonsten seien Maßnahmen zur Energiewende und für den Klimaschutz Schwerpunkte des Doppelhaushalts.

Die aktualisierten Zahlen mache die Lage für dieses Jahr etwas entspannter, so Dr. Joachim Hahn (SPD), doch mit Blick auf die prognostizierten Verschlechterungen 2023 bat er weiter um regelmäßige Finanzzwischenberichte. „Ein konstruktives Miteinander auf Basis gegenseitiger Wertschätzung“ und einen anständigen Umgang miteinander wünsche sich die SPD für die kommenden Diskussionen. Der Bereich Energiewende und Klimaschutz sowie Maßnahmen zum Umwelt- und Naturschutz stehen auch bei der SPD ganz oben auf der Agenda. Neben Verbesserungen durch die Mobilitätswende ist der SPD die Thematik Gedenkkultur und Erinnerungsarbeit wichtig. Keine Abstriche wolle man machen, dass der Großteil der Investitionen für Bildung und Betreuung – und somit für kommende Generationen – ausgegeben werde.

### **Enthaltung**

Für Peter Blitz und die OGL hat der Haushaltsentwurf der Stadtverwaltung Licht und Schatten. Die Generalsanierung des Gymnasiums müsse vorangetrieben werden, absolute Priorität habe der städtebauliche Wettbewerb für den Bahnhofsbereich. Die OGL begrüße die Budgetierung einer Stelle für Klimaschutz und die 200 000 Euro für die Sanierung des Radwegenetzes. Nicht nachvollziehbar sei für die OGL unter anderem allerdings die Umgestaltung der Bahnhofstraße. Vielmehr müsse zuvor deren künftige Funktion geklärt werden. Außerdem fließe unverhältnismäßig viel Geld in das Straßennetz, im Vergleich zum ÖPNV. Daher habe der Haushalt „doch so einiges an Unwucht“, weshalb sich die OGL der Stimme enthalte.

### **Ablehnung**

Barrierefreiheit und Modernisierung des Bahnhofs, Sauberkeit sowie Lärmschutz müssen nach Harald Schmidt (ULP) noch angepackt werden. Beim Haushaltsplan dürften „Einnahmen nicht überschätzt und Ausgaben nicht unterschätzt werden“. Nicht nachvollziehbar sei, dass man bei der Sanierung des Gymnasiums „die zahlungsunwilligen Nachbarkommunen“ im Zuge des Haushaltsplans „mit Millionenforderungen vor den Kopf“ stoße. Die ULP lehne daher den Haushaltsplan ab. Seine Stellungnahme zum Doppelhaushalt habe er bereits in seiner Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Landrat Heinz Eininger abgegeben, sagte der fraktionslose Dr. Klaus Hink. Unverständlich sei für ihn, dass die Kommunalaufsicht gegenüber der Stadt Plochingen erklärte, der im Haushalt eingestellte Mitfinanzierungsanteil der Nachbarkommunen sei „kein Hinderungsgrund für die Genehmigung des Plochinger Haushalts“. Doch gehe der Beitrag nicht ein, sei die Stadt Plochingen nicht mehr ausreichend liquide, kalkulierte Hink. Für „bemerkenswert“ hält er diese Vorgehensweise, musste doch zur Genehmigung des vorigen Doppelhaushalts das Trägerdarlehen der Stadt an den Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung rückgeführt werden, das als Kostendeckungsvorschlag für das Bürgerbegehren für ein Hallenbad dienen sollte, obwohl die liquiden Eigenmittel der Stadt damals um ein Vielfaches höher lagen als dies im Jahr 2023 sein werde.

**Fortsetzung auf Seite 6**



## Fortsetzung von Seite 5

### Große Mehrheit stimmt den Haushaltssatzungen und -plänen zu

Die CDU- und SPD-Fraktion stimmte der Haushaltssatzung mit Haushalts- und

Finanzplan der Stadt geschlossen zu, die OGL enthielt sich und die ULP sowie Hink stimmten dagegen.

Einhellig wurden die **Satzung und Pläne des Eigenbetriebs Abwasserbeseitigung** und mit einer Gegenstimme durch

Hink und einer Enthaltung durch die ULP der **Wirtschafts- und Finanzplan der Stadtwerke** beschlossen.

Bis auf Hink stimmten alle dem **Wirtschafts- und Finanzplan des Eigenbetriebs Wohnen** zu.

# Neue Corona-Verordnung und Rückkehr zum Stufenplan

Gerichtsurteile, Bund-Länder-Konferenz und die Omikron-Variante erfordern neue Regeln

Die Landesregierung reagierte auf Gerichtsurteile des Verwaltungsgerichtshofs und berücksichtigte in ihrer neuen Corona-Verordnung sowohl die Beschlüsse der Bund-Länder-Konferenz als auch die veränderte Situation aufgrund der Omikron-Variante. Am Freitag setzte sie den vorübergehend ausgesetzten Stufenplan wieder in Kraft. Demnach gilt in Baden-Württemberg derzeit die „Alarmstufe I“.

Folgende Regelungen gelten in der „Alarmstufe I“ gemäß der neuen Verordnung:

### Kontaktbeschränkungen

Bei privaten Treffen und Zusammenkünften gibt es nur Beschränkungen, wenn Ungeimpfte dabei sind. Diese dürfen sich weiterhin lediglich mit zwei Personen aus einem weiteren Haushalt treffen. Geimpfte und Genesene zählen nicht mit.

### FFP2-Maskenpflicht im ÖPNV

In der Warn- und in den Alarmstufen gilt im ÖPNV, der Fahrgastschiffahrt und im Flugverkehr für Personen ab 18 Jahren die Pflicht zum Tragen einer FFP2-Maske.

### 3G im Einzelhandel

Im Einzelhandel gilt nun wieder 3G. Ungeimpfte haben mit negativem Testergebnis somit wieder Zutritt.

### Negativer Schnelltest reicht aus

Für Bereiche, in denen für 3G bisher ein negativer PCR-Test erforderlich war, reicht nun ein negativer Schnelltest. Ungeimpfte können jetzt zum Beispiel mit negativem Schnelltest zum Friseur.

### 2G in der Gastronomie, keine Sperrstunde mehr

In der Gastronomie gilt im Innen- und Außenbereich 2G. Und in der „Alarmstufe I“ gibt es keine Sperrstunde mehr.

### Clubs, Discos bleiben zu

Clubs, Diskotheken und ähnliche Lokale bleiben geschlossen.

### 3G für Gottesdienste

Für religiöse Veranstaltungen, wie Got-

tesdienste, gilt ab dem 14. Februar in den „Alarmstufen“ die 3G-Regel.

### Keine Messen, Ausstellungen

Messen und Ausstellungen sind nicht erlaubt.

### Keine Fastnachtumzüge

In beiden „Alarmstufen“ bleiben Faschingsumzüge untersagt.

### 2G für den Sport

Für Sport in Innenräumen gilt 2G.

### Kultur- und Sportveranstaltungen

Für Konzerte, Kinos, Theater-, sowie Betriebs-, Vereins- und Sportveranstaltungen gilt in „Alarmstufe I“:

In geschlossenen Räumen sind bei 2G und bei maximal 50 Prozent Auslastung höchstens 1500 Besucherinnen und Besucher erlaubt; mit 2G-Plus, also mit zusätzlichem Test, und maximal halber Auslastung erhöht sich die Obergrenze auf 3000 Gäste.

Im Freien darf bei 2G die Platzkapazität nur zur Hälfte ausgelastet werden und die Obergrenze liegt bei 3000 Besucherinnen und Besuchern. Mit zusätzlichem Test, also 2G-Plus, sind bei halber Auslastung bis zu 6000 Gäste erlaubt. Drinnen und draußen müssen bei mehr als 500 Gästen feste Sitz-/Stehplätze zugewiesen werden. Davon dürfen höchstens zehn Prozent Stehplätze sein.

Für Stadt- und Volksfeste gilt die FFP2-Maskenpflicht auch im Freien sowie in der „Alarmstufe I“ zusätzlich eine Besucherobergrenze von 50 Prozent. Zugelassen sind nicht mehr als maximal 3000 Besucherinnen und Besucher bei 2G oder maximal 6000 Gäste bei 2G-Plus.

Der angepasste Stufenplan sieht vor, dass die „Alarmstufe II“ erst dann in Kraft tritt, wenn die landesweite Hospitalisierungsinzidenz an zwei Folgetagen bei mindestens 6 liegt und mindestens 450 Intensivbetten mit Covid-Infizierten belegt sind. Zuvor genügte es, wenn eines der beiden Kriterien erfüllt war. Künftig müssen beide Werte erreicht oder übertroffen werden, um die „Alarmstufe II“ auszulösen.

## Corona-Telefon der Stadt und Bürgerhotline des Landkreises

Das Corona-Telefon der Stadt Plochingen lautet **07153 / 7005-240** und ist von Montag bis Freitag jeweils von 8 bis 12.30 Uhr und von 13.30 bis 17 Uhr freigeschaltet. Über das Corona-Telefon wird auch Unterstützung, beispielsweise beim Einkauf für Bürgerinnen und Bürger, die sich in Quarantäne oder Isolation befinden, vermittelt.

Die Bürgerhotline des Landkreises zu Fragen rund um das Thema Corona lautet **0711 / 3902-41966** (Montag bis Freitag jeweils von 8 bis 16 Uhr).

## Teststellen in Plochingen

Neben den Arztpraxen gibt es folgende öffentliche **Schnelltestzentren** in Plochingen:

In der Karlstraße 19 (am Ceram-Tec-Kreisel), in der Hermannstraße 6 (gegenüber dem Bahnhof), am Teckplatz auf dem Stumpenhof und auf dem Schotterparkplatz in der Eisenbahnstraße (gegenüber der Widdumstraße).

Kostenlose **PCR-Tests** gibt es künftig nur noch für besonders gefährdete Personen in Arztpraxen oder in Testzentren mit entsprechender Zulassung und einem vom Gesundheitsamt ausgestellten OEGD-Schein (Öffentlicher Gesundheitsdienst). Dies ist zum Beispiel im Testzentrum in der Eisenbahnstraße möglich. Öffnungszeiten, Modalitäten, Terminvereinbarung sowie Telefonnummern unter [www.plochingen.de](http://www.plochingen.de)

Ferner gelten nur in der „Alarmstufe II“ Ausgangsbeschränkungen in Stadt- und Landkreisen ab einer 7-Tage-Inzidenz pro 100 000 Einwohner von 1500 an zwei aufeinanderfolgenden Tagen. Mit der Erhöhung des Schwellenwerts, der zuvor bei 500 lag, soll der neuen Lage durch die Omikron-Variante Rechnung getragen werden.

## Corona-Impfungen in Apotheken

Außerdem können ab Dienstag, dem 8. Februar, Apotheken bundesweit Corona-Impfungen „to go“ anbieten.